

Niederschrift zur Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses (Protokoll Nr. 5)
am 16.11.2016, 19.30 Uhr – 22.00 Uhr

Anwesend: Hans Georg Bock – Jürgen Ehlert – Reiner Ley – René Petzold – Matthias Pfromm – Lara Steinhauer – Thilo Weimar

Gemeindevorstand: Bgm. Gensler

Der Vorsitzende Jürgen Ehlert begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung beantragte der Vorsitzende, die Tagesordnung um den „Antrag der SPD-Fraktion gem. § 13 der Geschäftsordnung betreffend die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments“ zu erweitern.

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----------	-------------------	----------	---------------------	----------	---------------------

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen, sodass sich folgende Tagesordnung ergibt:

1. Beschlussempfehlung zum Abschluss eines neuen Betriebsführungsvertrages für das Freibad
2. Beschlussempfehlung zur Änderung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung
3. Beschlussfassung zum Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatz-Satzung)
4. Sachstandsbericht zur Finanzierungsvereinbarung AST-Verkehr
5. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 13 der Geschäftsordnung betreffend die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments

1. Beschlussempfehlung zum Abschluss eines neuen Betriebsführungsvertrages für das Freibad

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung beschließt den im Entwurf vorgelegten Betriebsführungsvertrag mit der Firma Thimet Bäderbetriebe GmbH und beauftragt den Gemeindevorstand mit dem Abschluss. Der Vertrag beginnt am 01.01.2017.

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----------	-------------------	----------	---------------------	----------	---------------------

2. Beschlussempfehlung zur Änderung der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung beschließt den im Entwurf vorgelegten Nachtrag der Gebührenordnung zur Friedhofsordnung. Die Satzungsänderung tritt zum 01.01.2017 in Kraft.

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----------	-------------------	----------	---------------------	----------	---------------------

3. Beschlussfassung zum Erlass einer Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatz-Satzung)

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung beschließt den beigefügten Satzungsentwurf über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Hebesatz-Satzung).

Danach wird die Grundsteuer A und B abweichend von der Sitzungsvorlage auf den Hebesatz von jeweils 480 v.H. festgesetzt. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer bleibt unverändert.

Die Satzung tritt zum 01.01.2017 in Kraft und gilt für das Haushaltsjahr 2017. Sie wird als Anlage der Sitzungsniederschrift beigefügt.

6	Ja-Stimmen	1	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----------	-------------------	----------	---------------------	----------	---------------------

4. Sachstandsbericht zur Finanzierungsvereinbarung AST-Verkehr

Die Rhönenergie Bus GmbH hat bisher kein Betriebsjahr mit dem NVV abgerechnet. Jedoch fällt die Inanspruchnahme geringer aus wie beim Vertragsabschluss kalkuliert, sodass mit einer Rückerstattung zu rechnen ist. Beispielhaft wurden die Zahlen für das 2. Quartal 2015 vom NVV zur Verfügung gestellt. Seitens des NVV wird die jährliche Abrechnung jeweils im 1. Quartal nach Ablauf eines jeden Jahres mit Vorlage der Fahrgastzahlen zugesichert. Zudem ist eine Werbekampagne für den AST-Verkehr geplant, dessen Kosten der NVV tragen möchte.

Die ausgesprochene Kündigung zum 31.12.2016 wurde seitens des Gemeindevorstandes in Abstimmung mit der Gemeinde Friedewald zurückgenommen. Zur nochmaligen Unterstreichung der Wichtigkeit einer zeitnahen Abrechnung mit Vorlage der Fahrgastzahlen wurde vorsorglich zum 31.12.2017 gekündigt, damit ein Druckmittel zur Einhaltung der versprochenen Maßnahmen zur Verfügung steht. Gleichzeitig wurde die Bereitschaft zur Fortführung des AST-Verkehrs über das Jahr 2017 hinaus signalisiert, sofern zukünftig eine zufriedenstellende Zusammenarbeit mit dem NVV erfolgt.

5. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 13 der Geschäftsordnung betreffend die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeindevertretung Schenklingfeld richtet mit dem Beschluss der anliegenden Satzung, die Inhalt dieses Antrages ist, ein Kinder- und Jugendparlament für die Gemeinde Schenklingfeld ein.

Die Gemeindevertretung Schenklingfeld beschließt die Satzung über das Kinder- und Jugendparlament der Gemeinde Schenklingfeld.

Gleichzeitig wird ein Betrag von 1.000 € als Budget für das Kinder- und Jugendparlament in den Haushalt eingestellt.

7	Ja-Stimmen	0	Nein-Stimmen	0	Enthaltungen
----------	-------------------	----------	---------------------	----------	---------------------



(Ehlert, Vorsitzender)



(Tralet, Schriftführer)